

# Berliner Tageblatt

Nr. 585

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Stuf- und Verlags von Rudolf Wolff in Berlin.

## Abwartende Haltung Amerikas.

### Keine entscheidenden Schritte vor der Pariser Konferenz.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 23. Dezember. In der Beurteilung der Meldungen über die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention in der Reparationsfrage, denen man bisher sehr skeptisch gegenüber gestanden hat, scheint neuerdings eine optimistischere Auffassung zum Durchbruch zu kommen. So meint das „Petit Journal“ heute, Garbinger werde offenbar durch die außenpolitische Lage und insbesondere durch den Ausfall der jüngsten Wahlen gezwungen, aus seiner bisherigen Reserve den europäischen Angelegenheiten gegenüber herauszutreten. Dazu komme der Wunsch der amerikanischen Finanzwelt, die früheren sehr regen Geschäftsverbindungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Ohne selbst hervorzutreten, scheint die amerikanische Regierung die verschiedenen Interventionsprojekte der Finanzwelt zu begünstigen und zu gleicher Zeit ihre eigenen Sonderinteressen in den europäischen Hauptstädten fortzuführen, um im geeigneten Moment einzugreifen. Jedenfalls aber sei von Washington ein entscheidender Schritt nicht zu erwarten, solange die Alliierten sich nicht unter sich verständigt hätten. Garbinger und Hughes seien nicht ohne das Resultat der abgelaufenen Verhandlungen hinsichtlich des Termins vom 15. Januar abzuwarten.

Die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten hat gestern die Diskussion der Ratifikationsgesetze zu den Abkommen von Washington und Wiesbaden begonnen. Die Beratung wurde von Poincaré selbst eingeleitet, der in längeren Ausführungen die Dringlichkeit der Ratifikation des vor mehr als Jahresfrist in Washington unterzeichneten Vertrages betreffend die Befreiung der Wälfungen zur See und den Schutz der Neutralen und Nichtkontrahenten im Kriege sowie das Abkommen über China unterstrich. Die rasche Erledigung des Gesetzes sei notwendig vor allem mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung und das Parlament in Amerika. Der Vorsitzende der Kammerkommission, der ehemalige Ministerpräsident Legues, wies in seiner Eingangsrede darauf hin, daß die Kommission erst seit fünf Tagen im Besitz der erforderlichen Unterlagen und Dokumente sei. Die Kommission werde sich bemühen, ihren Bericht so zeitig fertigzustellen, daß die Ratifikation im Januar erfolgen könne. Das Washingtoner Abkommen scheint zu keinerlei Diskussionen Anlaß gegeben zu haben. Eine Reihe schriftlicher Anfragen der Kommission für auswärtige Angelegenheiten hinsichtlich der Anwendung und Durchführung dieses Vertrages hat die Regierung mit einer Denkschrift beantwortet, die unter anderem das bereits bekannte Programm der Ausföhrung großer öffentlicher Arbeiten durch deutsche Arbeitskräfte und mit Hilfe deutscher Materialien enthält.

Washington, 23. Dezember. Der amerikanische Botschafter in London, Garbinger, wird am Mittwoch, zugleich mit dem englischen Schatzkanzler Baldwin nach Washington reisen.

Washington, 23. Dezember. (W. A. B.) Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus New-York, die Washingtoner Regierung habe den alliierten Mächten unter dem Vorbehalt, daß, sobald die auswärtige Lage einem Eingreifen der Vereinigten Staaten günstig sei, ein vom Präsidenten Garbinger ausgearbeiteter Plan zur Befriedigung gebracht werden würde. Amerika warte jetzt auf eine formelle Einladung. Die Regierung habe es klar gemacht, daß sie nicht beabsichtigt, sich mit Gewalt in den europäischen Wirrwarr einzumischen; jedoch müsse Frankreich der unabweisenden Wunsch nach der Hilfe Amerikas an den Tag legen, vorher werde Amerika seinen formellen Schritt tun.

New-York, 23. Dezember. (G. A.) Staatssekretär Hughes demontierte die gestern verbreitete Nachricht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den alliierten Regierungen die Bildung einer amerikanischen Kommission vorgeeschlagen habe, die sich nach Europa begeben solle, um die Reparationsfrage von neuen Gesichtspunkten aus zu studieren. Die Handelskammer der Vereinigten Staaten habe wohl auf die Bildung einer solchen Kommission hingewiesen, habe aber von der amerikanischen Regierung eine ablehnende Antwort erhalten. Als man Hoover fragte, ob er das Amt eines Vorsitzenden einer amerikanischen Bankierkommission zur Regelung der Reparations-

frage annehmen würde, antwortete er: „Es ist das erste Mal, daß ich von einem solchen Vorschlag höre.“ Nach seiner Meinung ist die Frage niemals von dem amerikanischen Kabinett diskutiert worden.

### Eine neue Kompromißlösung in Sicht? Eine „Folge von Zahlungsstundungen“ mit „entsprechenden, sich steigenden Sanktionen“.

Paris, 23. Dezember. (W. A. B.) „Der Roullet“ schreibt, die französische Regierung habe sich nunmehr für eine vermittelnde Lösung in der Reparationsfrage entschieden. Hierbei solle nicht mehr von einem Moratorium, sondern von einer Folge von Zahlungsstundungen die Rede sein. Bis zu jeder dieser Termine müsse Deutschland gewissen Verpflichtungen genügen; jede Verletzung werde automatisch Sanktionen nach sich ziehen. Der diplomatische Berichterstatter des Cablotage bestätigt diese Meldung, indem er schreibt, daß sich zwischen Paris und London eine Verständigung in Gestalt einer Kompromißformel vorbereite. Man beabsichtige, an Stelle eines Moratoriums eine Reihe von Auflösungen festzulegen und zwar entsprechend einer Reihe durch Deutschland auszuföhrender Reformen und verschiedener Sachleistungen. Für jede Verletzung seitens Deutschlands solle eine entsprechende Sanktion festgelegt werden. Die Schwere der Sanktionen solle eine entsprechende Steigerung erfahren.

Im „Echo National“ schreibt Lardieu zur Reparationsfrage: „Poincaré hat in der Kammer gesagt: Kein Moratorium ohne Fänger. Man verneinigt, da zwei Fragen. Die eine ist die Organisierung der zukünftigen Zahlungen, die mit der Ertragung von Pfändern und mit dem Finanzkontrakt verbunden ist. Die zweite ist die Mobilisierung des Londoner Zahlungsplanes, wie es die Lage unserer Finanzen gebietet erfordert. Zu diesem letzteren Zweck sind folgende Mittel nötig: Ein Limitatum an Deutschland, worin es angefordert wird, sofort einen Teil seiner im Ausland befindlichen Goldbestände beizugeben, eine teilweise Beschlagnahme der Gold- und Silberbestände, die in den Händen von Bankiers und in den Schatzkassen des Reichs verbleiben. Diese Vorschläge müßten ohne weiteres zur Durchführung gelangen.“

Die „Daily Mail“ berichtet: In der Note an den französischen Botschafter in Washington hat Poincaré den Auftrag gegeben, die Regierung der Vereinigten Staaten zu unterrichten, daß Frankreich nicht im entferntesten die Absicht habe, einen unerbittlichen und gewalttätigen militärischen Eingriff ins Ruhrgebiet zu unternehmen. Nach einer Gabelmeldung aus London zeigt sich die Finanzpresse der Einigung einer Kommission von Bankiers für die Reparationsfragen günstig. Sie spricht sich jedoch für ein internationales und nicht für ein rein amerikanisches Komitee aus. Die Finanzpresse ist der Ansicht, daß die vollständigere Revision der Reparationen, die Prüfung der tatsächlichen Lage Deutschlands und die Stabilisierung der Mark die einzigen Mittel sind, um das Problem zu lösen. Die „Humanität“ schreibt zu den amerikanischen Reparationsvorschlägen: „Wenn heute die großen amerikanischen Bankiers sich für die Reparationsfrage interessieren, so tun sie dies nicht als Mittel für die europäischen Wälfungen, sondern weil die Ausnahme der Vereinigten Staaten um die Welt zu machen ist. Wenn, weil der Vertrag in den nächsten fünf Jahren bedeutend verringert hat, die Arbeitslosigkeit wieder zu wachsen droht und die 12 Millionen Landwirte für den Absatz ihrer Produkte fürchten.“

### Die Reparationsabspredchungen in Berlin. Verhandlungen auch während der Feiertage.

Reichskanzler Cuno ist gestern nach Hamburg gereist, wo er die Feiertage verbringen wird. Staatssekretär Hamann hat sich nach München begeben. Trotzdem werden die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Sachverständigen auch während der Weihnachtsfeiertage fortgesetzt werden. Das bisher über den Inhalt der neuen deutschen Vorschläge veröffentlicht worden ist, wird, wie die „Hol-Par. Nachr.“ meinet, von amtlicher Stelle als unzutreffend erklärt. Es lägen bis zur Stunde überhaupt noch keine Entschlüsse vor.

erklärte, er habe weiter nichts gesagt, als daß ihm die Ruhrbesetzung unangenehm sei, weil er Streiks fürchte. Clemenceau hat diesen Satz noch etwas weiter ausgefüllt, indem er fragte: „Was soll Frankreich machen, wenn Streiks deutscher Arbeiter im besetzten Gebiet kommen? Sollen wir Soldaten schicken? Das könnte zu unangenehmen Verwicklungen führen.“ Clemenceau zeigte in der Unterredung auch, daß er noch immer ein besserer Staatsmann ist, als Poincaré, denn er prägte die sehr wichtige Maxime: Nachdem wir den Krieg gewonnen haben, müssen wir den Frieden gewinnen — aber auch mit den richtigen Mitteln. Kriegserigische Methoden sind im Frieden eher schädlich als nützlich.“ Aus dem ganzen, vier Spalten langen Interview der „World“, das Clemenceau nach seinem eigenen Geständnis fortgesetzt und genehmigt hat, lassen sich so ziemlich alle die Gedankenlagen feststellen, die in dem von Clemenceau veranlassenen Interview des „Petit Parisien“ enthalten sind, nur daß sie noch viel klarer zum Ausdruck gelangen als in der Erzählung des Herrn Cuno. Clemenceau, der auszuw. um Amerika zu werben, ist als ein Wehrer zurückgekommen; das läßt sich auch nach den seit gedruckten Dementis der Nationalistenblätter nicht mehr bestreiten, so unangenehm es Herrn Lardieu und seinen Freunden sein mag.

## Die Erinnerungen des Generalobersten v. Moltke.

Von Dr. Ernst Fodor.

Die größten Vorteile im Leben hat ein gebildeter Soldat, mozt die Ehre der „Wahlverwandtschaft“ in ihr Tagebuch. Gibt das auch, wenn er die Feder in die Hand nimmt? Von den vier Offizieren, die von 1870 bis 1914 auf dem Posten des Generalstabschefs im deutschen Heere gestanden haben, liegen uns Schriftproben vor. Die besten Stücke aus den Aufzeichnungen des Feldmarschalls Moltke, namentlich seinen Schilderungen von Land und Leuten in Orient und Okzident, wird auch der anspruchsvolle Leser zur fastlichen deutschen Probe zählen. Die Denkwürdigkeiten Waldersee's, in denen Moltkes Nachfolger mit Schärfe und Naivität Bericht tag über das alte Regime und über sich selber fällt, sind eine Geschichtsquelle von bleibendem Wert. In den wenig umfangreichen, zu gedrängelter Prägnanz strebenden Schriften Schlieffen's, der auf Waldersee folgte, tritt das Persönliche vollkommener zurück. Jetzt erscheint ein Memoirenwerk des dritten Generalstabschefs, des Generalobersten v. Moltke, in den „Erinnerungen v. Moltke“, das in 10 Bänden, herausgegeben von Fritz v. Moltke, der Kommande Tag-Verlag, Stuttgart, als der Krieg von 1914 ausbrach, fand wieder, wie 1870, ein Moltke an der Spitze des deutschen Heeres. Wilhelm I. hatte den besten Mann an diese Stelle gesetzt. Wilhelm II. hatte bereinst zu Waldersee, wie dieser Generalist notierte, die Bemerkung gemacht: „Der Chef des Generalstabs soll bei mir nur eine Art Kaminofen sein.“

Moltkes Teilnahme am Weltkrieg ist kurz. Sie beschränkt sich auf ein paar Wochen. Schon im November 1914 zündet er, ein gebrodener Mann, seine Betrachtungen und „Erinnerungen“ auf. Ausführlich beschreibt er die Vorgänge des 1. August 1914, als der Kaiser auf Grund der bekannten irrigen Meinung des Londoner Botschafters, Fürsten Schönburg, England wolle die Garantie übernehmen, daß Frankreich am Kriege nicht teilnehmen, den Befehl gab, das Schicksal der Welt gegen Rußland zu entscheiden und damit den Aufmarschplan des Generalstabs völlig über den Kaiser war. Moltke war in unbeschreiblicher Stimmung. Er erzählt, daß er Tränen der Verzweiflung vergoß. Als der Verstum aufgefahrt war, verließ es dann freilich bei dem ursprünglichen Operationsplan, den Moltke von Schlieffen übernommen hatte, wobei er nur das Problem, auch nach Schlieffen, zu marschieren, fallen ließ. Der Eindruck betete. Moltke sagt: „Ich habe die Entwürfe dieses Erlebnisses nicht überwinden können, es war etwas in mir zerbrochen, das nicht wieder aufzubauen war. Zuversicht und Vertrauen waren erschüttert.“

Sechs Wochen später, am 14. September, wenige Tage nach dem Marneerfolg, den Moltke den schwersten Entschluß seines Lebens nahm, und in einer besonderen Aufzeichnung zu rechtfertigen verucht, erscheint bei ihm General v. Sinfert. Er erklärt namens des Kaisers: der Kaiser habe den Eindruck, Moltke sei zu krank, um die Operationen weiterzuführen; er befehle deshalb, daß er sich krank melde und nach Berlin zurückfahre; falls er in solchem tapferen Vorwort erzählt, ging er in voller Gesundheit in den Krieg. Das Gerücht des 1. August machte ihn krank, und die Besoren verjagten, als dann der erste große Rückschlag eintrat. Ein Zuschauer, ohne jeden Einfluß, weil er noch einige Wochen teils im Großen Hauptquartier, teils in Brüssel, Anfang November geht er nach Berlin zurück. Er ist Privatmann. Dienliche Verwendung findet er nicht mehr. Er verhaftet sich auf ungewöhlicher Art in Briefen an den Kaiser und an den Kaiser. Er wendet sich gegen seinen Nachfolger Falkenhayn, den er für ein Unglück hält. Seine Ernährungsstrategie nennt er verhängnisvoll, seine Person eine ernste Gefahr für das Vaterland, seine Operationen eine Strategie der verpassten Gelegenheiten. Viele an Hindenburg und Ludendorff unterfuchen die Anlage. Beide stimmen zu, wie ja auch Hindenburg in seinem Buche „Kriegführung und Politik“ Falkenhayn den Vorwurf macht, daß er die Gelegenheiten zu großen, vielteiligt entscheidenden Operationen verkannt hat. Die beiden ersten Kriegsjahre, der salische Mann an die entscheidende Stelle gesetzt — als noch von keinem Dolchstoß die Rede war.

Nicht erst das Erlebnis des 1. August hat Moltkes Vertrauen zu seinem Kaiser erschüttert. Das zeigt der Saupitz des Buches, Auszüge aus Briefen an Braun und Götze, die über vier Jahrzehnte reichen. Als Wilhelm II. zur Regierung kommt, quält er ihn heftig. Er freut sich, daß jetzt ein anderer Wind weht. Bismarck ist ihm der Mann, „der dem Kaiser so bitter wehgetan und dem der Kaiser so großmütig verziehen hat.“ Dann folgt die Enttäuschung. Langsam als bei Waldersee. Zunächst in gelegentlichen Neuherungen. Die Befestigung des ersten Gardeeregiments durch den Kaiser steht bevor. Aber es herrscht, schreibt er schon 1890, dumpfe Resignation. „Wo ist die Freiheit geblieben, mit der früher jeder seinen Dienst tat.“ Gegen die kaiserlichen des wilhelminischen Militarismus, Fäulnis nagelung („Lappen gestrichen Tuch“), Schlieffen'sche glänzende Uniformen, richtet der treue Generalstabschef scharfe Worte — in Privatbriefen. „Wir alle leben unter einem dumpfen Dru, der die Schaffensfreude erbt.“ Schließlich muß er dem Kaiser erklären, daß das Vertrauen der Offiziere zu dem Obersten Kriegsherren erschüttert ist, daß die Offiziere und Mannbar, lediglich auf den Triump des Kaisers eingestell, ihren Zweck völlig verfehlen, daß kein Offizier mehr gegen den Kaiser führen will, weil er sich sagt: „Ich werde doch abgeschlachtet.“

### Clemenceaus Befehung.

#### „Wir müssen den Frieden gewinnen.“ — „Kriegserigische Methoden im Frieden eher schädlich als nützlich.“ (Telegramm unserer Korrespondenten.)

Paris, 23. Dezember. Als Herr Clemenceau nach seiner Amerikafahrt zum ersten Male wieder den Fuß auf die Erde Frankreichs setzte, wurde er von zahlreichen Vertretern der französischen Presse mit Fragen über das „Petit Parisien“ veröffentlichte Interview über die Ruhrbesetzung bestrahlt. Es ist schon berichtet worden, daß Clemenceau alle peinlichen Entzürungen mit der kategorischen Behauptung abblinzt, er habe dem Sonderkorrespondenten des „Petit Parisien“ überhaupt nichts gesagt und nur ein Interview gegeben, das seine richtigen Ansichten enthalte und für das er die Verantwortung übernehme. Zwischen Unterredung habe am 11. Dezember im Eisenbahnhofe zwischen Chicago und New-York stattgefunden und sei in der „World“ mit Clemenceaus Genehmigung abgedruckt worden. Der „Matin“, der einen alten Satz gegen Clemenceau hat, veröffentlicht nun einige Stellen dieses Interviews, aus denen klar hervorgeht, daß Herr Clemenceau seine Erinnerung gelöst hat, wenn er in Le Havre









